„Europa ist sehr spät aufgewacht“

Italien Außenminister Gentiloni spricht über den schwersten Konflikt in der Geschichte der EU und erklärt, warum er mit Angela Merkel in vielem übereinstimmt.

Paolo Gentiloni, 61, Römer aus adliger Familie, sitzt seit 15 Jahren für die Sozialdemokraten im Parlament. Im Oktober 2014 wurde er zum Außenminister ernannt. Zum Interview empfängt er in seinem Amtszimmer im Palazzo della Farnesina. Kurz zuvor hat er mit US-Außenminister John Kerry zu Mittag gegessen und über den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ gesprochen.

SPIEGEL: Herr Minister, haben Matteo Renzi und Angela Merkel bei ihrem Treffen in Berlin gerade einen ernsthaften Konflikt zwischen beiden Ländern beendet?
Gentiloni: Es gibt Meinungsunterschiede, vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Aber bei der Außen- und vor allem der Einwanderungspolitik sind wir uns einig. Keine anderen Länder in Europa sind sich in dieser Hinsicht näher als Italien und Deutschland.
SPIEGEL: Aber die Kanzlerin hat doch mittlerweile den Ton gewechselt und sagt, die Flüchtlinge müssten nach ein paar Jahren wieder nach Hause. Erstaunt Sie das?
Gentiloni: Die Haltung der Kanzlerin aus dem Sommer 2015 ist von unserer Regierung sehr geschätzt worden. Vor allem, weil sie die Schengen-Regeln verteidigt.
SPIEGEL: Die Frage galt aber Merkels jüngstem Richtungswechsel in der Flüchtlingsfrage.
Gentiloni: Sagen wir so: Ich bin zuversichtlich, dass Schengen weiter verteidigt wird. In Sachen Rückführungen sind wir einer Meinung.
SPIEGEL: Auch Sie fordern also, dass Flüchtlinge wieder zurückkehren, sobald die Konflikte in ihrer Heimat beigelegt sind?
Gentiloni: Ja, weil wir nicht Menschen mit einem Anrecht auf Asyl so behandeln können wie jene, die aus einem sicheren Herkunftsland kommen. Sie müssen zurückgeschickt werden. Das ist aus unserer Sicht völlig klar. Zu hinterfragen ist hingegen das vollkommen überholte Prinzip, die Registrierung von Flüchtlingen sowie die Unterscheidung zwischen Menschen mit Anspruch auf Asyl und solchen, die abgewiesen werden sollen, nur jenen Ländern aufzubürden, in denen die Migranten zufällig zuerst ankommen.
SPIEGEL: Sie plädieren für die Abschaffung des Dublin-Verfahrens?
Gentiloni: Es ist doch lächerlich zu glauben, dass Griechenland knapp eine Million Migranten aufnimmt, registriert, dann denen Zuflucht gewährt, die Anspruch auf Asyl haben, und jene zurückführt, die keinen haben. Griechenland macht das nicht. Das können wir den Griechen vorwerfen, aber gleichzeitig sollten wir die Dublin-Regeln ändern. Wenn wir auf diesem unrealistischen Verfahren beharren, bedeutet das nichts anderes als: Wir verteidigen Dublin und verzichten dafür auf Schengen.
SPIEGEL: Wird das Dublin-Prozedere von der EU im März abgeändert?
Gentiloni: Wirklich optimistisch bin ich nicht, aber ich hoffe, dass der Mangel an Alternativen dazu führt. Ich darf daran erinnern, dass es bis zum Mai 2015 überhaupt keine gesamteuropäische Agenda zur Immigration gab. Null, zero. Erst nach einer erneuten Tragödie im Mittelmeer wurde auf italienische Initiative hin damit begonnen, nachzudenken und Grundsätze festzulegen zur Registrierung von Flüchtlingen, ihrer Weiterverteilung oder aber Rückführung.
SPIEGEL: Das funktioniert bisher aber fast nur in der Theorie.

„Denn auf dem Spiel steht etwas ganz Wesentliches: die Bewegungsfreiheit.“

Gentiloni: In der Tat sind wir mit der Umsetzung dieser Prinzipien erheblich im Rückstand. Aber es könnte sein, dass wir noch im Frühjahr eine neue Politik beginnen müssen, um einen Grundpfeiler europäischer Politik zu retten: die persönliche Bewegungsfreiheit.
SPIEGEL: Sie plädieren für eine Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Länder?
Gentiloni: 2015 kamen 900 000 Migranten nach Griechenland. Die Dublin-Regeln besagen: Jene, die Anspruch auf Asyl haben, bleiben in Griechenland; die anderen müssen von dort aus zurückgeführt werden. *Unmöglich! (auf Deutsch* –Red.) Diese Last muss gemeinsam getragen werden. Das heißt: gemeinsame Grenzpolizei, eine EU-weite Aufteilung der Flüchtlinge sowie die Rückführung der nicht Asylberechtigten. Logistik und Finanzierung müssen wiederum auf Kosten aller gehen.
SPIEGEL: Dagegen lehnen sich mehrere EU-Länder auf.
Gentiloni: Zweifellos. Aber der gemeinsame Druck von Staaten wie Deutschland, Italien oder Frankreich kann bewirken, dass es in diese Richtung geht. Denn auf dem Spiel steht etwas ganz Wesentliches: die Bewegungsfreiheit. Ich kenne keinen gemeinsamen Markt, der ohne sie auskäme.
SPIEGEL: Haben die Deutschen sich zu lange herausgehalten, während die Italiener ab 2013 mit der Operation „Mare Nostrum“ Schiffbrüchige aus dem Meer fischten?
Gentiloni: Nicht nur die Deutschen. Sie waren in Asylfragen immer präsent. Aber sicher ist ganz Europa sehr spät aufgewacht.
SPIEGEL: Aus Naivität oder aus Kalkül?
Gentiloni: Solange ein bestimmtes Problem vorrangig ein anderes Land betrifft, in diesem Fall Italien, setzt man es vielleicht nicht ganz oben auf die Prioritätenliste. Heute verläuft die Flüchtlingsroute über Griechenland und den Balkan oder über Italien; im Falle einer Krise in Nordosteuropa könnte genauso gut Polen betroffen sein. Wir haben es da mit Mechanismen zu tun, die wir nicht beherrschen. Das müssen wir ändern. Wie Frau Merkel schon sagte: „Wir schaffen das.“ Nur sollte dieses „Wir“ ein europäisches „Wir“ sein. Es kann nicht sein, dass derzeit alle den Türsteher kritisieren, also Griechenland.
SPIEGEL: Welche Auswirkungen hatte die Politik der Kanzlerin für Italien?
Gentiloni: Den Effekt, dass ich ihr zustimme. Europa kann mehrere Hunderttausend Menschen, die Anrecht auf Asyl haben, jährlich verkraften.
SPIEGEL: Eine Obergrenze von europaweit etwa 500 000 Asylberechtigten jährlich wird ohnehin längst in Berlin diskutiert.
Gentiloni: Und das geeinte Europa schafft es auch, jährlich Hunderttausende Migranten, die keinen Anspruch auf Asyl haben, in ihre Heimatländer zurückzuführen. Obwohl das, angesichts der dann notwendigen Flüge, vom Umfang her beinahe an die Berliner Luftbrücke erinnert.
SPIEGEL: Müsste deutlicher gesagt werden: Wir können nicht alle aufnehmen, die ein besseres Leben suchen?
Gentiloni: Die Botschaft „Wir können nicht alle aufnehmen“ ist unabdingbar. Zugleich müsste die Entscheidung, wer Anrecht auf Asyl genießt, in Brüssel getroffen werden. Es ist doch klar, dass einige Länder, zum Beispiel auf dem Balkan, als sichere Herkunftsländer gelten müssen. Andere wiederum, wie meiner Meinung nach Eritrea, müssen zweifelsfrei als Herkunftsländer gelten, die einen Asylanspruch begründen. Und bei einer dritten Gruppe von Staaten wie etwa Nigeria muss der Einzelfall geprüft werden. Schließlich gibt es noch die ganz strittigen Fälle wie Afghanistan. Auf jeden Fall ist ein einheitliches europäisches Vorgehen gefragt.

ALESSANDRA BENEDETTI / DER SPIEGEL

Diplomat Gentiloni: „Wir können nicht alle aufnehmen“

Diese Forderung nach Europäisierung mag utopisch klingen, ist aber alternativlos.

SPIEGEL: Italien hat bisher drei statt der versprochenen sechs Hotspots zur Registrierung von Flüchtlingen eingerichtet. Die gelten bisher als Ausgangspunkte für illegale Einwanderung. Ihre Behörden sind mit dem Ansturm der Flüchtlinge und ihrer Weiterverteilung hoffnungslos überfordert.

Gentiloni: Wir sind nicht perfekt. Aber wir haben zweifellos unsere Verpflichtungen gegenüber der EU eher erfüllt als die EU die ihren gegenüber Italien, wenn es um die Weiterverteilung oder Rückführung von Flüchtlingen geht, die sich in unserem Land befinden. Italien macht seine Hausaufgaben besser als der Rest Europas: Statt bei 160 000 Migranten, die über Europa verteilt werden sollten, sind wir derzeit gerade einmal bei 300.

SPIEGEL: Steht aufgrund der Flüchtlingskrise die Zukunft der EU auf dem Spiel?

Gentiloni: Das kann man so sagen. Weil diese Krise ja ausstrahlt auf anderes: auf das Referendum der Briten über den EU-Austritt oder auf den Vormarsch der Populisten in mehreren Ländern. Dieses Gemisch gefährdet die Zukunft Europas. Wir erleben gerade die wahrscheinlich schwerste Krise in der Geschichte der EU. Der Prüfstein, ob wir sie überwinden, wird das Thema Immigration sein.

SPIEGEL: Was muss beim EU-Gipfel Mitte Februar geschehen?

Gentiloni: Wir müssen vorwärtskommen, von der gemeinsamen Währung zur Bankenunion, zu einer gemeinsamen Fiskalpolitik und mittelfristig zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Das wird dauern, weil wir herausfinden müssen, wie wir mit jenen Ländern umgehen, die keine immer enger vernetzte Europäische Union wollen.

SPIEGEL: Sie schlagen deshalb ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ vor.

Gentiloni: Der Ausdruck an sich gefällt mir nicht. Weil er beinhaltet, dass der Langsame den Schnelleren einholen wird. Mit dieser Definition kann London nicht leben. Wahrscheinlich muss man gemeinsam vorwärtsgehen, jeder in seinem Tempo. Die Schnelleren, das könnten die Länder der Eurozone sein. Die anderen wären jene, denen es um die Weiterentwicklung des gemeinsamen Markts geht, die aber die Idee einer immer stärkeren politischen Verflechtung ablehnen.

SPIEGEL: Premier Renzi hat kritisiert, dass in der EU vor allem Merkel und Hollande bestimmen, wo es langgeht. Auch Sie haben gesagt, dass Sie zumindest hofften, in Berlin werde nach wie vor ein europäisches Deutschland einem deutschen Europa vorgezogen. Wo ist das Problem?

Gentiloni: Das Problem liegt, wenn überhaupt, im unterschiedlichen Blick auf die Wirtschaft, auf die Konjunktur. Das Wachstum ist zu gering, auch bei uns. Das muss sich ändern, mehr Investitionen, eine stärkere Rolle der Europäischen Zentralbank. Ansonsten gibt es keine Spannungen zwischen Italien und Deutschland. Aber in diesem Punkt müssen Kompromisse gefunden werden, und wir werden sie finden.

SPIEGEL: Matteo Renzi hat in letzter Zeit sehr vollmundig klargemacht, dass er sich aus Berlin und Brüssel nicht belehren lassen will. Wie fanden Sie das?

Gentiloni: In dieser Hinsicht bin ich der Meinung, dass Renzi recht hat.

SPIEGEL: Sie haben gerade mit dem US-Außenminister über den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) gesprochen. Die Kämpfer des „Kalifats“ stehen 600 Kilometer südlich der italienischen Küste. Wie sieht die Strategie Ihrer Regierung aus?

Gentiloni: Wir sind militärisch stark engagiert im Irak und in Afghanistan. In Ländern wie Syrien brauchen wir einen diplomatischen Durchbruch, um den Krieg zu beenden. In Libyen muss erst einmal das Land stabilisiert werden, um den IS zu stoppen. Das bedeutet: Unterstützung der libyschen Regierung, auch bei der Sicherheit. Wir wollen nicht die Fehler der Vergangenheit in diesem Land wiederholen. Die Lage ist extrem gefährlich, die nächsten Tage können entscheidend sein.

Interview: Walter Mayr
Mail: walter.mayr@spiegel.de